



man einen Notzettel um erhöhte Einkünfte erhoben hätte und sich nachher herausstellte, daß dem Bedürfnis auf Umwegen schon Genüge getan war. In dieser Beziehung ist die Darlegung des „mittleren Staatsbeamten“ der „Kreuzzeitung“ nicht berechtigt. Wer bei sachgemäher Vergütung der Rekruten sich um den Betrag der Gehaltserhöhung schlechter sieht, hat sich bisher schon diese Erhöhung zu verschaffen gewußt; sie ihm nun doppelt zu lassen, ist doch kein Grund vorhanden.

Es scheint uns auch, so führt das zitierte Blatt weiter aus, ein ganz unbiliger Vorwurf gegen unsere höheren Beamten in ihrer Mehrzahl, wenn die „Kreuzzeitung“ meint, die Befriedigung der Rekrutenvergütung auf die wirtlichen Kosten werde zur Folge haben, daß Rekruten, die im sachlichen Interesse nötig sind, unterlassen werden.

Man würde der Vorlage, um die es sich hier handelt, nicht gerecht, wenn man sie lediglich vom finanziellen Standpunkte würdige. Das Fundament des Staates ist die Pflichtigkeit und strenge Sachlichkeit seiner Beamten, und bisher war der preussische Staat auf diese Eigenschaften seiner Bureaucratie mit Recht stolz. Wenn sich Gewohnheiten eingeschlichen haben, die den Beamten dazu verleiten, dem Staat, der er dienen soll, Geld abzuhängen, so kann diese pflichttätige Geist auf die Dauer keinen Bestand haben und eine Veränderung wird eine Pflicht gegen die Allgemeinheit, wie gegen die Beamten selbst.

### Die Pflege des Mädchenturnens

betrifft eine ausführliche Verfügung des Unterrichtsministers an die Regierungen und an das Provinzialschulkollegium in Berlin. Sie enthält eine Uebersicht über den Stand des Mädchenturnens in den Städten und ländlichen Ortsteilen des preussischen Staates.

Wie der Minister hervorhebt, läßt die Aufzählung deutlich die erfreuliche Entwicklung erkennen, die das Mädchenturnen fast in allen Bezirken der Monarchie genommen hat. In einigen Bezirken, wie Gumbinnen und Bromberg, ist die verbindliche Einrichtung wenigstens für den Sommer vollständig, in anderen wenigstens nahezu vollständig durchgeführt. An vielen Orten, namentlich des Westens, sind Turnhallen im Bau, die es ermöglichen werden, dort den Turnunterricht für Mädchen auch bei ungünstiger Witterung und im Winter zu erteilen. Der Minister hofft, daß es der Fürsorge der Schulaufsichtsbehörden und der Spewilligkeit der Schulunterhaltungsstellen gelingen wird, diese wichtige Angelegenheit auch weiterhin so fruchtig zu fördern, wie es ihrer Bedeutung für das Volkswohl entspricht. Ganz besonders nötig ist dies für diejenigen größeren Orte, in denen das Mädchenturnen bisher selbst für die günstige Jahreszeit nicht hat eingeführt werden können.

Dem Mangel an geeigneten Lehrkräften soll durch Anstellung von Lehrerinnen, die für den Turnunterricht befähigt sind, abgeholfen werden. So wird es möglich, den Turnunterricht für Mädchen bald durchweg nur von weiblichen Lehrkräften erteilen zu lassen.

### Der Protest der Beamten und Lehrer.

In der Protokollversammlung der Berliner Beamten und Lehrer gegen die Beschlüsse des Herrenhauses in der Besoldungsfrage wurde auch die Stellung der Beamten und Lehrer zu den Landtagswahlen in Berlin erörtert.

Vom Vorstandsstich aus erging an die Versammlung die Mahnung, jetzt zu zeigen, daß die Beamten und Lehrer als Faktoren bei einer Wahl zu betrachten seien, mit denen gerechnet werden müsse. Ein Verlangen der Lehrer und Beamten könne dem nationalen Gehalten großen Abbruch tun. Es wurde ein Auspruch gewährt mit der Aufgabe, an die maßgebenden Parteileitungen heranzutreten und zu fordern, für mindestens einen der vier freigewordenen Landtagskreise einen Beamten oder Lehrer als Kandidaten aufzustellen. Wenn diesen Entschluß nicht stattgegeben werden sollte, dann wolle man für die Beamten und Lehrer kritische Stimmenhaltung proklamieren und es den bürgerlichen Parteien überlassen, mit der Sozialdemokratie allein fertig zu werden.

Diese Taktik soll auch bei den im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen und später bei den Reichstagswahlen maßgebend sein.

\*

Die Beratung der Besoldungsvorlage im Abgeordnetenhaus wird frühestens am Dienstag stattfinden. Die Vorbesprechungen über die Bekämpfung des Lehrerbekleidungsgesetzes dauern noch fort, wiewohl die Hauptpunkte festgelegt scheinen.

### „Die Folgen über uns...“

Die Einigkeit der konservativen Reichstagsfraktion in der Erbsteuerfrage ist der „Kreuzzeitung“ zufolge jetzt fast vollständig wiederhergestellt. Während noch vor kurzem etwa der vierte Teil der Fraktion gegenüber der Aushebung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Lebendenden eine entgegenkommendere Haltung zeigte, ist diese immerhin nicht unbeträchtliche Minorität jetzt auf drei Fraktionsmitglieder zusammengeschrumpft; alle übrigen halten, unbekümmert um die etwa daraus erwachsenden Folgen, an ihrem ablehnenden Standpunkt fest. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

Wir wir noch auf Grund zweifelhafte Erkundigung mitteilen können, sind nur noch die drei ländlichen konservativen Abgeordneten bereit, die Aushebung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder unter gewissen Bedingungen (die aber auch nicht einmal den Liberalen genehm sein dürften) zuzugeben. Die Mehrheit von 53 konservativen Abgeordneten wird eine solche Erbsteuer unter allen Umständen ablehnen.

Das konservative Blatt fügt dieser Mitteilung hinzu: Die Fraktion sei bereit, alle aus dieser Stellungnahme sich ergebenden Konsequenzen auf sich zu nehmen.

\*

Die „Kreuzzeitung“ müht sich, zu beweisen, daß für eine Finanzreform ohne Erbsteuer eine sichere Mehrheit im Reichstag zu schaffen sei, der außer den Konservativen und dem Zentrum die Reichspartei, die Hälfte der wirtschaftlichen Vereinigung und der Reformier und wohl auch ein erheblicher Teil der Nationalliberalen angehören würde. Die „Nationalsta.“ nimmt von dieser Darlegung Notiz und bemerkt dazu:

„Wenn wir zu diesen trügerischen Phantasien das Wort nehmen, dann geschieht es nur zu dem Zweck, um bei dem Herrn Kritiker der „Kreuzzeitung“ und seinen Freunden den Herrn

zu gerichten, als ob, was er meint, „auch ein erheblicher Teil der Nationalliberalen unter den gedachten Umständen zu diesem Schritt bereit sein würde.“ Nein, die Herren mögen es sich gelogen sein lassen; die Beratung, dem deutschen Volk eine gerechte Zentrumsmehrheit zu beschaffen, die überlassen wird ruhig und gerne den Konventionen. Das deutsche Volk wird sich die Namen derer merken, die daran selbst mitgewirkt hat. Die Nationalliberalen aber tun dabei nicht mit.“

### Parteinachrichten.

Antisemitische Kampfesweise. Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte in ihrem Lager darüber, daß der freisinnige Abg. v. Liszt neulich im Abgeordnetenhaus die Persönlichkeit und die wissenschaftliche Befähigung des vormaligen Prof. Rubinschtein an der Hand attemmigen Materials dargestellt hatte, den Prof. v. Liszt flugs zum Juden gemacht. Das agrarische Blatt wurde sofort darauf aufmerksam gemacht, daß Prof. v. Liszt, ebenso wie sein Vetter, der berühmte Musiker, aus einer gut katholischen Familie stammt. Trotzdem bekommt es die „Deutsche Tageszeitung“ fertig, auch jetzt noch von dem „Juden“ Liszt zu sprechen und sich im Anschluß daran in allerlei Ausfällen gegen das Judentum zu ergoßen. Das ist recht antisemitisch!

— Landsberg, d. 10. Mai. Der bekannte ehemalige Bürgermeister Dr. v. Schüding, jetzt Rechtsanwalt in Dortmund, hat sich auf Anfrage des Liberalen Vereins in Landsberg bereit erklärt, eine Reichstagskandidatur für den Wahlkreis Landsberg-Göbbin anzunehmen.

### Schule.

#### Neuordnung des Mittelschulwesens.

Wie die „Preuss. Lehrzeitg.“ von wohnunterrichteter Seite erfahren haben will, soll das Mittelschulwesen noch in diesem Jahre geregelt werden. Die Neuordnung wird aber nicht durch ein Gesetz, wie die Mittelschullehrer wünschen, geschehen, sondern durch ministeriale Neuordnung, nämlich der Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens. Was die Gehaltsverhältnisse der Mittelschullehrer anlangt, so sollen die Gehaltsklassen der Mittelschullehrer an höheren Mädchenschulen — dieselben sollen bekanntlich 600 Mk. mehr beziehen als die Mittelschullehrer desselben Orts — nicht erreicht werden, da die Mittelschule keine höhere Schule ist. (Eine derartige Neuordnung der Gehaltsverhältnisse dürfte unter den beteiligten Mittelschullehrern große Unzufriedenheit hervorrufen, da diese auf Grund der gleichen Vorbildung und in anbetragt der auf keinen Fall geringeren Arbeitsleistung auch dieselbe Bezahlung wünschen und erhoffen.)

Die Nähmaschine als Lehrmittel. Die Berliner Schulkommission für das städtische höhere Bildungswesen hat in ihrer gestrigen Sitzung die Nähmaschine als ein vollberechtigtes Lehr-, Erziehungs- und Bildungsmittel für die höheren Töchter anerkannt. Eine Anzahl Mädchenschulen sollen für den Handarbeitsunterricht mit Nähmaschinen ausgerüstet werden.

### Allgemeine Mitteilungen.

— Der Hamburger Senat beantragt bei der Bürgerschaft die Genehmigung zur Anstellung von sieben ordentlichen Professoren, und zwar für folgende Disziplinen: afrkanische Sprachen, Sprachen Ostasiens, Philosophie, deutsche Wissenschaften, Archäologie, Mathematik, Zoologie.

— Die Verdeutschung polnischer Ortsnamen in der Ostmark ist von dem preussischen Oberverwaltungsgericht in einem Falle, der vor sein Forum gebracht wurde, als rechtmäßig und zulässig erkannt worden. Der Kaiserliche Regierungspräsident hatte im Mai v. J. den Namen der im Kreise Belmalu gelegenen Stadt Gumburg von Landespolizei wegen in Unrichtigkeit umgeändert. Die Stadt erhob bezugnehmend Beschwerde und löst den abzuweisenden Bescheid des Oberpräsidenten mit der Klage an. Für die mündliche Verhandlung der Sache vor dem ersten Senate des Oberverwaltungsgerichts in Berlin hatte der preussische Minister des Innern einen Kommissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses bestellt. Seinem Antrage gemäß hat der Senat die Klage der Stadt abgewiesen.

— Die Deutschlandsfahrtsenglischer Geistlicher wird sich im Januar gestalten. Einer Londoner Meldung zufolge haben bereits 20 Bischöfe und andere Würdenträger und Pastoren aller christlichen Bekenntnisse ihre Teilnahme zugelagt. Schottland entsendet u. a. den höchsten Geistlichen von Edinburgh, Direktor Dr. Spieder, der Vorsteher des deutschen Empfangskomitees, befindet sich augenblicklich in London, um die nötigen Verabredungen zu treffen.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 8. Mai.

Am Ministertische: Weber, Schwarzkopf, Präsident v. Koerber eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr mit der Mitteilung vom Eingang eines Danktelegramms des Kronprinzen für die Geburtstagswünsche des Hauses.

Die zweite Beratung des

#### Kultusetats

wird beim Kapitel „Elementarunterrichtswesen“ fortgesetzt. Es findet eine allgemeine Besprechung der gesamten Reform der höheren Mädchenschulen einschließlich der Frage der Reorganisation statt. Daneben wird über die Schaffung von Provinzialkultursstellen verhandelt.

#### Abg. D. Sauerberg (nl.):

Im Etat spielt das Mädchenschulwesen eine bescheidene Rolle als Unterart im Kapitel „Elementarunterrichtswesen“. Deshalb hat es aber doch große Fortschritt gemacht. Die jüngste Reform vollends ist großzügig und bahnbrechend. Die neuen Lehrpläne der Seminare und Studienanstalten treffen im Ganzen das Richtige. Die allzu große Freiheit der Schülerin der Frauenschule in der Wahl der Fächer kann den Unterrichtserfolg leicht gefährden. Zur Reorganisation werden wir bei der Art unseres Schulwesens vielleicht nicht kommen; man kann über sie auch jetzt verhandeln. Unabehängiges Bedürfnis ist jedoch die ausnahmsweise Zulassung von Mädchen zu den höheren Knabenschulen. (Sehr richtig! links.) In vielen Städten hat diese sich bereits bewährt. Die Reform legt sowohl den Städten wie dem Staat schwere Opfer auf. Aber diese sind unerlässlich im Interesse unserer Frauenwelt und damit des Vaterlandes. (Beifall links.)

#### Abg. Gaffel (fr. Sp.):

Auch wir begrüßen die Reform, die angeregt zu haben ein Verdienst der Frauenwelt ist. Im Interesse intelligenter Mädchen

aus dem Volk sind Freistellen an den höheren Mädchenschulen nötig. Den Abiturientinnen dieser Schulen müssen entsprechende Berechtigungen gewährt werden. U. a. sollte man ihnen die mittelschulischen Pforten eröffnen.

#### Abg. Ernst (fr. Sp.):

An dem Reformplan habe ich meine helle Freude gehabt. Der Unterrichtsverwaltung gebührt Dank und Anerkennung, besonders erfreulich ist, daß die deutsche Hausfrau zu ihrem Recht kommen soll. Den höheren Privatmädchenschulen darf die Erziehung nicht unterbunden werden. Sie müssen auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden. Die Alterserziehung für Lehrerinnen an diesen Schulen muß ausgebaut werden.

#### Abg. Heß (Ztr.):

Warten wir erst die praktischen Erfolge der Reform ab, ehe wir ein Urteil über sie fällen. Wir begrüßen es, daß die Mädchen nicht nur eine wissenschaftlich-hilfliche Bildung erhalten, sondern auch eine hauswirtschaftliche. Die Berechtigungsfrage bedarf noch der Erörterung. Die Privatfrauen werden künftig einen höheren Stand haben; man sollte ihnen den Kampf ums Dasein tunlichst erleichtern. Bedauerlich ist die Aushebung des Reichsgutsunterrichts aus der Reihe der Hauptfächer. Eine deutsche Frau ohne wahrhaft christliche Gesinnung ist ein Widerspruch in sich selbst. (Beifall im Zentrum.)

#### Ministerialdirektor Schwarzkopf

dankt allen Rednern für ihre wohlwollende Kritik der Mädchenschulreform. Die Unterrichtsverwaltung stehe nicht vom Standpunkt, daß etwas dauernd Abgeschlossenes geschaffen sei. Es handle sich vielmehr um die Deckung eines Weges zur weiteren Entwicklung. Bei allen Fragen der Mädchenerziehung müssen wir auf eine gesunde fortschrittliche Ausbildung der Mädchen ab die Rücksicht nehmen. Wir befinden uns da in einem gewissen Dilemma: auf der einen Seite wünscht man eine möglichst weitgehende wissenschaftliche Förderung der Mädchen, auf der anderen die Beförderung des körperlichen. (Sehr richtig!) Die Berechtigungsfrage ist ein gleichzeitiges Schwert. Die höheren Mädchenschulen haben schon jetzt weitestgehende Berechtigungen. Wir können ihnen aber nicht wie den Knabenschulen die Berechtigung zur Immatrikulation an der Universität mit der kleinen Matrikel geben. Würden wir der höheren Mädchenschule eine solche Berechtigung geben, wie der Knabenschule zu würden junge 14 bis 15jährige Mädchen das Recht zum Universitätsstudium erhalten. Es würde bald Mädelchen für jedes junge Mädchen sein, die Universität zu besuchen. Zu überlegen können die Mädchen in alle möglichen Berufe eintreten, die der Natur der Frau entsprechen. Man wünscht die Eröffnung der Subalternkarriere für die Mädchen in der inneren und der Justizverwaltung. Diese Frage geht nur die beiden Weisungen, die aber durch die Bestimmungen über die Mittelschullehrer fest gebunden sind. Ich werde mich gern bemühen, soweit es möglich ist, den Mädchen eine gute Beschäftigung zu ermöglichen. Für die Privatfrauen liegen gewisse Schwierigkeiten vor, wir sind ihnen aber soweit entgegengekommen, daß ich schon fürstete, man würde uns deswegen Vorwürfe machen. Wir müssen auch bei den Privatfrauen höhere Ansprüche an die Qualität der Lehrer und an den Unterricht stellen. Ich gebe gern die Erklärung ab, daß die Unterrichtsverwaltung nicht daran denkt, den Privatfrauen irgend welche Schwierigkeiten zu machen. Die „Frauenshule“ ist ein Experiment, aber ein notwendiges Experiment. Man muß immer den Kernpunkt der ganzen Mädchenschulreform im Auge behalten; mit der zehntägigen höheren Mädchenschule allein ist den Aufgaben der höheren Frauenbildung nicht genügt. Die Frauenschule will die Bevölkerung daran gewöhnen, daß die Erziehung und Ausbildung der Mädchen mit der inneren und der Justizverwaltung. Diese Frage geht nur die beiden Weisungen mit den Lehrerinnenheimatinnen sprechen innere Gründe. Wir freuen uns begreiflich, daß die Vertreter aller Parteien eine gemeinsame Erziehung der Geschlechter nicht für angeeignet halten. Wegen der weiblichen Eigenart müssen wir eine besondere höhere Mädchenschule haben. Wir werden für unsere Beruf erst fertig mit etwa 26, 27 Jahren, ein junges Mädchen muß für ihren Beruf mit 18, 19 Jahren fertig sein. Es soll dann schon in die Ehe treten. Der junge Mann hat aber in diesen Jahren noch sehr viel zu lernen. Also muß die Mädchenausbildung anders konstruiert werden als die der Knaben. Die Entwicklung der Mädchen läuft ganz anders als die der Knaben. Im Interesse der Mädchen selbst muß man gelobendete Anstalten für sie haben. Wir lehnen daher die Reorganisation ab. Wir befehlen von ihr die Zurückdrängung der Knaben durch die Mädchen. Schon in Kleinigkeiten zeigt sich das. Ich habe selbst gemerkt, als ich las, daß die Mädchen jetzt pflückt waren, weil sie in den höheren Lehranstalten nicht für „Frauen“ angesehen werden. (Beifall.) Dann nämlich mit „Frau“ angesehen werden. Ein Provinzialschulrat weiß in seinem Bericht über die Mädchen-Gymnasialfrage darauf hin, daß die Eltern die Mädchen auch weiterhin auf Väter allein mitnehmen. Nachdem sie die Nacht durchstehen haben, legen sie sich dann früh auf die Schulbank. Der Berichterstatter schrieb neben diese Bemerkungen: Nubendianca! Des Heiratens wegen! (Große Heiterkeit.) Wir haben ja erlebt, daß ein junges Mädchen in der Unterprima ihre Verlobung angezeigt hat. (Heiterkeit.) Denken Sie sich die Situation in der Klasse. (Erneute Heiterkeit.) Wenn ich als Lehrer auf der einen Seite eine Zahl von sehr intelligenten und fleißigen Mädchen hätte, würde ich mich natürlich mit ihnen lieber beschäftigen als mit den Knaben. (Große Heiterkeit.) Es ist deshalb für die Knabenanstalten nicht gut, wenn wir die Mädchen in sie hineinlassen. Ueber eine ausnahmsweise Zulassung läßt sich theoretisch reden. Wir werden die Frage eingehend prüfen. Die Vorschriften müssen sich jedenfalls erst praktisch erleben. (Beifall.)

#### Abg. Stroffer (konf.):

Die Privatfrauen können wir nicht entbehren. Wollten wir die 73 000 Schülerinnen dieser Schulen in die öffentlichen Lehranstalten überführen, so würde das 14½ Millionen jährlich kosten. Von einer Reorganisation wollen wir nichts wissen.

#### Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.):

bekämpft ebenfalls die Reorganisation und fordert noch mehr Religionsunterricht in den Mädchenschulen.

#### Abg. Dr. Friedberg (nl.):

Zur Frage der Reorganisation nehmen wir keine prinzipielle Stellung ein. Man sollte aber die Petitionen, welche eine ausnahmsweise Zulassung der Mädchen zu den höheren Knabenschulen fordern, der Regierung zur Erwägung überweisen. Auf diesem Gebiete herrscht in Preußen eine gewisse Unklarheit. Das Zentrum zeigt bei Besprechung konservativer Verbändlern eine gewisse Herabsetzung. Wie steht es denn mit Ordenschulen?

#### Ministerialdirektor Schwarzkopf:

Ich wundere mich über den Standpunkt des Dr. Friedberg; denn in der Kommission haben seine Freunde die Reorganisation abgelehnt. Wir haben in Preußen 93 Ordenschulen, bei denen 1242 Lehrkräften beschäftigt sind. Aus Anlaß der Mädchenschulreform ist kein einziger Antrag auf Zulassung neuer Ordenschulen eingegangen. Die Frage der Zulassung wird von Fall zu Fall geprüft werden.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Der Antrag der Abg. Eichhoff und Dr. Friedberg, die Petitionen zur Eröffnung zu übermitteln, soweit sie eine ausnahmsweise Zulassung der Frauen an den Knaben Gymnasien verlangen, wird abgelehnt.

Beim Elementarunterricht besetzt  
Vgl. Marg. (Str.)  
die Nichtzulassung von Frauen zu den Schulvorständen und Schulkommissionen.

Ministerialdirektor Schwarzhoff erwidert, daß die Frage nochmals geprüft werden soll. Material sei gegen die Zulassung der Frauen nichts eingewunden.

Vgl. Glattefer (Str.)  
bringt Wünsche hinsichtlich der Rektorschulen vor.  
Auf eine Anfrage des Abg. Meyer-Diepholz (nl.) erklärt Ministerialdirektor Schwarzhoff,

daß zur Frage der Prüfung der Organisation der Mittelschulen demnächst eine Konferenz zusammenzutreten werde.  
Vgl. Bierck (ft.)

tritt für eine Neuregung in der Gewährung der Diemartenzulage ein.  
Vgl. Peltzsch (fr. Bgg.)  
verlangt die Bereitstellung von Mitteln zur Erteilung jüdischen Religionsunterrichts an den Volksschulen.

Vgl. Dr. Schupp (fr. Bp.)  
früher es, daß die Unterrichtsverwaltung den neuen Katalog der Gesellschaft für Volksbildung nicht empfohlen habe, wie sie das bei anderen Gesellschaften getan habe.

Ministerialdirektor Schwarzhoff:  
Die Gesellschaft hat uns ihren neuen Katalog nicht überreicht.  
Vgl. Dr. Friedberg (nl.)  
Das ist kein Grund, eine so verdienstvolle Gesellschaft totzuschweigen.

Vgl. Sedewitz (lonf.)  
Es liegt kein Grund vor, diese Gesellschaft zu bevorzugen.  
Ein Schlussantrag wird angenommen.  
Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Schluss der zweiten Sitzung, kleinere Vorlagen, dritte Sitzung, Schluss 5 Uhr.

### Ausland.

#### Beschlechterung im Befinden des Großherzogs von Luxemburg.

Im Befinden des schwererkrankten Großherzogs Wilhelm von Luxemburg ist eine beratige Verschlimmerung eingetreten, daß sein Tod sündlich erwartet wird. Die Großherzogin weilt am Krankenbette. Der Großherzog steht im 57. Lebensjahre. Für den schwererkrankten führt seine Gemahlin seit dem 25. März 1906 die Regentschaft.

#### Noch eine Monarchenbegegnung.

Der König von Dänemark wird Wiener Meldungen zufolge die Familie seines Schwagers, des Herzogs von Cumberland, in Gmunden zu derselben Zeit besuchen, in der König Eduard bei Kaiser Franz Josef in Jassy weilt; dort wird auch der König von Dänemark mit dem Kaiser und mit dem König Eduard zusammentreffen.

#### Die Kabinettskrise in Russland.

##### Stolypin bleibt.

Die gegenwärtige Kabinettskrise in Russland darf füglich als beendet gelten, nachdem der Zar die Demission des Chefs Stolypin abgelehnt hat. Herbeigeführt war die Krise durch die leidige Marine-Etat-Affäre. Wie man nämlich aus der russischen Verfassung schließen kann, steht dem Zaren allein die Entscheidung über den Marine-Etat zu. Nun hat aber der Etat der Dum a vorgelegen und der Zar, der diese Tatsache als Schwärzung seiner Rechte empfand, verweigerte seine Unterschrift. Für den Fall, daß er bei dieser Weigerung beharren sollte, holt der Kabinettschef Stolypin und mit ihm das gesamte Kabinett den Rücktritt an. In letzter Stunde hat der Zar, wie das folgende Telegramm berichtet, eingelenkt und die fragliche Unterschrift gegeben:

Petersburg, 9. Mai. Um die Demission des gesamten Kabinetts zu vermeiden, die ihm für den Fall der Nichtbefähigung des Entwurfs angekündigt wurde, hat der Zar den von der Reichsduma und dem Reichsrat durchberateten Entwurf unterzeichnet. Heute nachmittags ist Stolypin in Jarosje-Selo vom Zaren in Audienz empfangen worden, der ihm die Befähigung des Entwurfs mitteilte. Gleichzeitig betonte der Zar, Stolypin müsse bei seinem nächsten Erscheinen in der Reichsduma und im Reichsrat erklären, daß dergleichen Gesetze in Zukunft den gefehenden Körperlichkeiten nicht mehr vorgelegt werden, weil sie nicht zu ihrer Kompetenz gehören. Seit gestern nachmittags hat Stolypin Empfänge im Ministerium des Innern als Premier angeseht, so daß in Regierungskreisen die Überzeugung Platz greift, daß die Ministerkrise als überstanden betrachtet werden kann. Die Oskobrisen versichern sogar, daß Stolypins Stellung jetzt fester denn je sei.

#### Auflösung tschechischer Versammlungen.

Die geradezu wasserladensichere Haltung der Tschechen in Oesterreich hat zahlreiche Organisations- und Versammlungsverbote zur Folge gehabt. Wie aus dem folgenden Telegramm hervorgeht, bemüht sich die Behörde jetzt endlich, ihren Anordnungen den Tschechen gegenüber Geltung zu verschaffen.

Prag, 10. Mai. Die Statthalterei hatte befanntlich vor kurzem sämtliche tschechisch-nationalsozialistische Jugendorganisationen wegen antimilitaristischer Propaganda aufgelöst, trotzdem fand gestern in einer Vorstadt eine Reklamierung der Delegierten dieser Organisation statt. Da die Versammlung nicht behördlich angedeutet war, drang die Polizei in die Versammlung ein und hob sie auf. Fünf der Einberufter wurden verhaftet, die übrigen Teilnehmer zerpöbeln. Nachmittags sollten zwei Versammlungen in einem anderen Vorort stattfinden. Gendarmerie drang in den Saal und vertrieb die Teilnehmer. Zwei von den Einberuftern wurden verhaftet.

#### Ungarn gegen die Anexion Bosniens?

In Wien laufen Gerüchte um, nach denen ein namhafter Teil der ungarischen Unabhängigkeitspartei für den Fall, daß diese zur Opposition gedrängt werden sollte, daran denke, gegen die Annektionssorgere Abstraktion zu machen. Daraus ergibt sich die merkwürdige Erscheinung, daß die Annektion, die in ganz Europa anerkannt worden ist, im ungarischen Parlament Widerstand findet.

#### Die Ausrückung der türkischen Umwälzung in Ägypten.

Als die Thronensetzung Abdus Samids vollzogen war, glaubte man allgemein, dieses Ereignis würde auch in Ägypten eine nationale Bewegung auslösen und eventuell zur Vornahme Ägyptens von der Türkei führen. Wie sich jetzt herausstellt, haben aber die türkischen Ereignisse in Ägypten eine verhältnismäßig gleichgültige Beurteilung gefunden. Ein Bericht aus Kairo belagt folgendes:

Die türkische Revolution hat wohl in Ägypten das größte Interesse erweckt, aber niemals die eingehendsten Reaktionen hervorgebracht. Obwohl es sich bei der Absetzung des Sultans Abdus Hamid zum Teil um religiöse Fragen handelte, die von der Welt des Islams mit Interesse behandelt werden, und obwohl Ägypten rechtlich Bestandteil der Türkei ist und auch nach einer Verfallung leicht die Türkei früher, so sind doch die blutigen Vorgänge in Konstantinopel und in der türkischen Provinz ziemlich gleichgültig hingenommen worden. Die ägyptische Presse heubest die Entthronung des blutigen Sultans, wie sie Abdus Hamid nennt.

Der neue Sultan wird mit Sympathie begrüßt. Der Dewa bezeichnet ihn als Kind der Revolution und Bräutigam der Freiheit. Die türkische Kolonie in Kairo veranstaltete eine Festlichkeit im Gedächtnisgarten und plant Theateraufführungen sowie andere Feierlichkeiten. Der Armenische Unterhaltungsverein veranstaltet eine Sammlung für die Hinterbliebenen der in Kleinasien ermordeten Armenier.

Das einzige amtliche Zeichen des Thronwechsels waren 101 Kanonenschüsse, die von der Zitadelle der Stadt Kairo und Alexandrien abgegeben wurden. Der Scheich hat dem Sultan seine Glückwünsche übermittelt.

#### Roosevelt Bürgermeister von Newyork?

Eine überraschende Nachricht kommt aus Amerika. Man will den populären Expräsidenten als Kandidaten für die Bürgermeisterwahl aufstellen und hofft bereits zuverlässig, daß Roosevelt eine Wahl annehmen würde:

Newyork, 9. Mai. Einer der einflussreichsten republikanischen Führer in Newyork, General Stewart Woodford hat jetzt eine Bewegung eingeleitet zu dem Zwecke, die Kandidatur Theobors Roosevelts auf den Posten des Mayor von Newyork aufzustellen. Roosevelt hat zwar schon früher, als er noch Präsident war, erklärt, er liege nicht in seinen Wünschen, an die Spitze der größten Stadt des Landes berufen zu werden, lieber möchte er sich zum Präsidenten der Columbia-Universität gewählt sehen. Allein seine hiesigen Verehrer sind fest überzeugt, daß er den Posten schließlich doch gern übernehmen würde. Bereits hat sich eine größere Anzahl republikanischer Führer dem Plane geneigt gezeigt, da Roosevelts Name dem republikanischen Ticket die größte Zugkraft sichern würde, und es ist wahrscheinlich, daß eine systematische Kampagne bald ins Werk gesetzt wird.

#### Berichtsverhandlungen.

#### Massenprozeß wegen Wahlrechtskündigung.

S. u. H. Kemsch, 8. Mai.

Unter großem Andränge des Publikums fand vor dem hiesigen Schöffengericht der große Prozeß gegen 22 Angeklagte wegen Aufbaus, Beleidigung, Körperverletzung und großen Unfugs statt. Vergehen, die anlässlich der Wahlrechtskündigungen begangen worden sein sollen. Am 27. Januar, dem Geburtstag des Kaisers, hatte die Sozialorganisation der Sozialdemokraten

eine große Demonstration vorbereitet, um für die Einführung des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts in Preußen zu propagieren. Als sich ein mehrere Hundert Köpfe zählender Demonstrationzug auf den Alten Markt hin bewegte, trat ihm ein Polizeigebot entgegen. Die Aufforderung, auseinanderzugehen, wurde mit Schreien und Johlen aufgenommen, so daß der aufstrebende Polizeikommissar blanz stehen und den Platz verlassen mußte. Die Streikpöbel jammerten sich auf anderen Plätzen und begannen erneut zu demonstrieren. Hierbei ist es zu wiederholten Malen zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Die Zeugnisaussagen der Schutzangestellten des Gerichts, die die Demonstrationen den Befehlen der Gestaltungsorgane nachgekommen sind oder Widerstand geleistet haben, ferner darauf, ob der Zug von Räufelührern geleitet worden ist.

Der Hauptangeklagte R. o. wird beschuldigt, ein solcher Räufelührer gewesen zu sein. Er behauptet aber, daß er sich lediglich unter die Demonstranten gemischt habe um sie, da er allgemein bekannt sei, zum Auseinandergehen zu veranlassen. Er ist auf dem Alten Markt verhaftet worden, hat sich aber so dagegen geäußert, daß er gefollos abgeführt werden mußte. Ein anderer Angeklagter soll, um die Polizei zu ärgern, keinen Kodärmel mit einem roten Band getragen zu haben, so daß der Polizei, der ihn ansahste, sich verlegen mußte. Der Antragsanwalt beantragte Geldstrafen von 2-200 Mk. und gegen die Schutzangestellten Gefängnis. Die Verteidiger plaidierten auf Freisprechung. Das Gericht war der Ansicht, daß Koch als Führer des Zuges in Betracht käme und verurteilte ihn zu 150 Mk. Geldstrafe. Der Mann mit dem roten Band erhielt 1 Monat Gefängnis, zwei Angeklagte je 2, einer 1 Woche Gefängnis, 12 Angeklagte Geldstrafen, die übrigen wurden freigesprochen.

#### Gewehrdiebstähle durch Militärpersonen.

S. u. H. Erfurt, 9. Mai.

Die großen Diebstähle an Gewehrteilen in der hiesigen städtischen Gewehrfabrik werden morgen die hiesige Strafkammer in einem besonderen Gerichtstage beschuldigen. Unter Anklage stehen der Agent Bader, vier Gewehrarbeiter, ein Werkmeister, vier Maschinenmacher und zwei Fabrikanten, die Abnehmer der gestohlenen Ware. Die Entdeckung der Diebstähle gelang durch einen Zufall. Schmalzbein wurde in einem Eisenbehälter ein Paket gefunden, in dem sich Gewehrteile befanden. Als Behälter der Ladung meldete sich schließlich der Agent Bader, gegen den eine Untersuchung über die Herkunft der Sachen eingeleitet wurde. Im Verlaufe derselben stellte sich heraus, daß der Depotgehilfe Schmalzbein und der Depotbesitzer Lüdike in den Jahre 1907 und 1908 umfangreiche Diebstähle an Ausrüstungsgegenständen der hiesigen Werkstätten begangen und durch Vermittlung der Angeklagten verkauft hatten. Die beiden Militärpersonen hatten sich bereits vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Schmalzbein erhielt 2 Jahre und Lüdike 9 Monate Gefängnis. Außerdem wurden beide bestraft. Die angeklagten Gewehrarbeiter haben gestohlen, die gestohlenen Sachen aus der Fabrik wegzuschleppen. Diese einzelnen Taten wurden von den beiden Fabrikanten zu vollständigen Gewehren zusammengelegt und dann weiter verkauft. In der Unterjuchungshaft befindet sich noch der ehemalige Depotbesitzer Frieder, der nach dem Esch verzogen war und dort als Rentier und Hausbesitzer lebte. Auch er soll in früheren Jahren an Gewehrdiebstählen beteiligt gewesen sein. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

#### Gefälligte Börsentelegramme.

Dresden, 5. Mai. Am 19. November 1906 erschien in zwei großen Berliner Blättern eine Notiz, die meldete, daß die Kniffhäuserhütte 1907 eine höhere Dividende zahlen werde als 1906. Die Redaktionen der beiden Berliner Blätter hatten die Notiz auf Grund von Telegrammen aus Aachen, die mit dem Namen „Kniffhäuserhütte“ unterzeichnet waren, veröffentlicht. Das Börsenmander wurde später aufgeföhrt und es traten Zeugen dafür auf, die behaupteten, daß der in Berlin geborene Zahnkünstler Dr. Wilh. Knoblauch in Meissen die Telegramme angefertigt und in Aachen aufgegeben habe, um in seinem eigenen Interesse den Kurs der Kniffhäuserpapiere künstlich in die Höhe zu treiben.

Knoblauch hatte sich deshalb am Dienstag vor dem Landgericht zu verantworten. Auch war er angeklagt, eine amtsgerichtliche Bestellkarte gefälscht zu haben, um damit seine von ihm getrennt lebende Frau nach Chemnitz zu beordern, wo er sie in einem Automobil einführen wollte. Der Plan mißlang, da die Frau nicht kam. Die Abwendung der Dopehen bestritt der Angeklagte. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Unterjuchungshaft als verbüßt gelten.

Setzung: Wilhelm Georg  
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg;  
für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Edwin Alexander-Rag; für den Inleratenteil: Friedrich Emdulat; Druck und Verlag von Otto Hende. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —  
einschließlich „Unterhaltungsblatt“ —

**Kaiser Borax**  
Zum täg. Gebrauch i. Waschwasser, ein unentbehrliches Toilettemittel, vermischt mit Tein, macht zerre weisse Hände, Nürsch in rot. Cart. 1.30, 20, 30 Kaiser-Borax Sells 50 Pf. Total-Setts 25 Pf. Spezialitäten der Firma Geinrich Mäck in Um. a. D.

Das Gute bricht sich immer Bahn!  
**Caramel-Malz-Bier**  
Gegründet 1718. Schutzmarke: Gegründet 1718.  
**Pelikan mit Jungen.**  
Sanitätsbier I. Ranges. Aerztlich empfohlen.  
**Heinrich Müllers Ww., Schwemme-Brauerei.** Fernsprecher 2649.  
NB. Man achte genau auf die Schutzmarke „Pelikan mit Jungen“.

